

Reden bringt mehr



Kommunalpolitik Windkraft und Hesse-Bahn zeigen: Recht haben und vernünftig sein reicht nicht. *Von Florian Mader*

Zwei kommunalpolitische Kracher hat der Weil der Städter Gemeinderat am Dienstagabend abgeräumt und damit vor allem eines gezeigt: Miteinander verhandeln und reden bringt allem mehr, als politischen Streit vor juristischen Gerichten auszutragen.

Angesichts der drohenden Stahlkolosse direkt vor den Stadttoren hatte der Heimsheimer Bürgermeister Jürgen Troll vor zwei Jahren sofort mit der Klageschrift gewedelt, als er von den Plänen im Merklinger Wald Wind bekommen hatte.

Das ist nun nicht nötig, denn der Retter Rotmilan ward gefunden. Wer Probleme mit dem Nachbarn hat, entdeckt sein grünes Herz und wird plötzlich Naturschützer. Das ist zwar nicht ganz ehrlich, aber legitim im Kampf gegen eine Gesetzgebung, die Vögeln mehr Schutz einräumt (drei Kilometer Abstandsgebot zu Windkraftanlagen) als Menschen (750 Meter Abstand).

Elegant können dank des Rotmilans auch die Weil der Städter ihren Kopf aus der Schlinge ziehen. Denn ganz abblasen wollten sie vor zwei Jahren die Windkraftpläne auch nicht. Was jetzt passiert wäre, wenn keine Vögel gefunden worden wären, kann man sich ausmalen: Der Streit wäre von vorne losgegangen, zwischen Heimsheimern und Weil der Städtern, zwischen Befürwortern und Gegnern, zwischen Naturschützern und solchen, die sich dafür halten. Ein Streit zwischen denen, die sagen, Strom muss man da machen, wo Wind weht (am Oberrhein und an der Nordsee), und jenen, die sagen, Strom muss dort entstehen, wo er verbraucht wird (in der Industrieregion Stuttgart).

Ein Streit, den noch nicht einmal die Landesregierung lösen kann. Wenn im Mai der Windenergieerlass ausläuft, in dem die Anforderungen an Windkraftprojekte festgeschrieben sind, gibt es erst mal keine Nachfolgeregel, weil sich Umweltministerium (grün) und Agrarministerium (CDU) nicht einigen können. Wie sollen da Kommunalpolitiker vor Ort klarkommen? Fragen von landesweiter Bedeutung, wie nach der Eignung von Windkraft, vom Strommix der Zukunft und der CO₂-Reduzierung im Energiesektor sollten zuerst landesweit geregelt werden. Nicht von ungefähr hatten auch die beiden Regionalverbände Nordschwarzwald und Stuttgart im vergangenen November ihre Pläne für die Vorranggebiete vorerst auf Eis gelegt.

Ganz anders bei der Hermann-Hesse-Bahn: Da hatte Weil der Stadt sehr wohl etwas zu entscheiden. Sitzt die Stadt weiterhin auf dem Bremsklotz, oder fortan im Speisewagen, wo der ein oder andere leckere Bissen für sie abfällt? Eine Toilette ist besser als nichts, auch wenn sich manch einer mehr Lärmschutz gewünscht hätte. Das hätte thematisch auch näher beim Thema Bahn gelegen, wäre aber den Kreis Calw ungleich teurer gekommen.

Dass der Hesse-Bahn jetzt die Stolpersteine weggeräumt werden, hat sie indessen nicht dem dortigen Landrat Helmut Riegger zu verdanken. Denn dass es klug ist, zu reden, ist in Calw offenbar niemandem eingefallen. Es war der Verkehrsminister, der im Fledermaus-Streit mit dem Nabu ein Gespräch in Gang gesetzt hat. Und es war der Weil der Städter Bürgermeister Thilo Schreiber, der offenbar von sich aus den Verhandlungstisch gesucht hat. Womit wieder einmal bewiesen wäre: Recht haben und vernünftig sein, reicht nicht. Man muss miteinander reden.

Das gilt mehr noch für den Kommunalwahlkampf, der allmählich aufzieht – auch wenn in Weil der Stadt jetzt rechtzeitig zwei Kracherthemen abgeräumt sind.

Zitat des Tages

„Unsere Nachbarn aus Weil der Stadt reagierten auf unsere Einwände und haben uns zugehört.“

Heimsheims Bürgermeister Jürgen Troll
Siehe Artikel auf dieser Seite